



Blutanalyse im Labor, Mediziner Kramer
„Dienst am Mitmenschen“

Der Aufstieg Kramers zu einem der größten deutschen Laborunternehmer zeigt exemplarisch, wie Ärzte trotz der Kostendeckelung im Gesundheitswesen mit einer sehr freien Interpretation der Abrechnungsvorschriften kräftig Kasse machen können – über lange Zeit hinweg unentdeckt.



RONALD FROMMANN / LAIF

Anfang der neunziger Jahre beschloss Kramer, das von seinem Vater übernom-

GESUNDHEITSWESEN

Trickreicher Umweg

Eines der größten deutschen Medizinlabors ist ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten. Der Fall zeigt, wie leicht clevere Ärzte Krankenkassen hintergehen können.

Im schleswig-holsteinischen Geesthacht ist der Arzt Detlef Kramer, 58, ein geachteter Mann. Die Freunde im Rotary-Club schätzen seine Bescheidenheit, die Stadt profitiert von seiner Großzügigkeit. Ohne die Wohltaten des Mäzens gäbe es dort weder Kinoabende noch Gastspiele von Wanderbühnen. Kramer hat für solche Zwecke das „Kleine Theater Schillerstraße“ bauen lassen und es der Stadt geschenkt.

Rund dreieinhalb Millionen Euro ließ sich der Chef eines bundesweiten Imperiums von Laborarztpraxen das Präsent kosten – ganz im Stile der Rotarier, die sich nach ihren Statuten „dem Dienst am Mitmenschen widmen“ und „hohe ethische Grundsätze“ verfolgen wollen.

In seinem Berufsleben scheint Kramer nach anderen Maximen zu verfahren. Für die Methoden, mit denen er ein von Dortmund bis Berlin und vom holsteinischen Büdelsdorf bis zum badischen Offenburg reichendes Netz von medizinischen Labors aufgebaut hat, interessiert sich jetzt die Lübecker Staatsanwaltschaft. Sie hat ein Ermittlungsverfahren gegen Kramer wegen des Verdachts des Betruges eingeleitet. Der Arzt soll, so die Ermittler, gegen die Zulassungsverordnungen der Ärzte verstoßen haben, „um die Budgetregelung auf strafbare Weise zu umgehen“.

mene kleine Labor zum Kern eines Großunternehmens werden zu lassen. „Laborärztliche Arbeitsgemeinschaft für Diagnostik und Rationalisierung“ nannte Kramer seinen eingetragenen Verein, der aus über einem Dutzend Gesellschaften besteht. Schon im Jahr 2000 kamen sie zusammen auf den stattlichen Jahresumsatz von umgerechnet rund 125 Millionen Euro. „Wie in einem Kaufrausch“, so ein Insider, erwarb Kramer Labor um Labor, 15 Praxen mit 33 Ärzten sind es bislang. „Der Einzelkämpfer“, sagt Kramer, „kann heute nicht mehr existieren.“

Seit die Ausgaben im Gesundheitswesen in vielen Bereichen gedeckelt sind, ist es für Ärzte jedoch schwieriger geworden, ihrem Gewinnstreben freien Lauf zu lassen. Doch Kramer fand einen Ausweg: Gegenüber den Krankenkassen treten seine Labormediziner, wie alle niedergelassenen Ärzte mit Kassenzulassung, als Selbständige auf. Denn nur mit dem Status des unabhängigen Kleinunternehmers dürfen sie Leistungen abrechnen.

In Wahrheit sollen dem Geesthachter Labortycoon in dem weit gefächerten Fir-

mengflecht vorwiegend Kollegen zugearbeitet haben, deren Einfluss auf das Betriebsgeschehen „geringer ist als der eines Filialleiters bei McDonald's“, wie ein ehemaliger Kramer-Helfer sagt. Kramer freilich bestreitet, dass es sich bei den Ärzten um Strohmannen handelt.

Die Ermittler hingegen glauben, dass der Unternehmer die Kassenzulassung der Ärzte genutzt habe, um den Umsatz – und damit auch den Ertrag – seines Labors in die Höhe zu treiben. So hatte die zeitweilige Chefin eines Kramer-Labors im holsteinischen Plön sogar genug Zeit, quasi nebenbei als Chefärztin in einem öffentlichen Krankenhaus zu arbeiten. Das, argumentiert Kramer, sei „mit Wissen und Genehmigung“ der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung (KV) geschehen und „bei ärztlichen Tätigkeiten, die nicht im unmittelbaren persönlichen Patientenkontakt bestehen, ein durchaus üblicher Weg“.

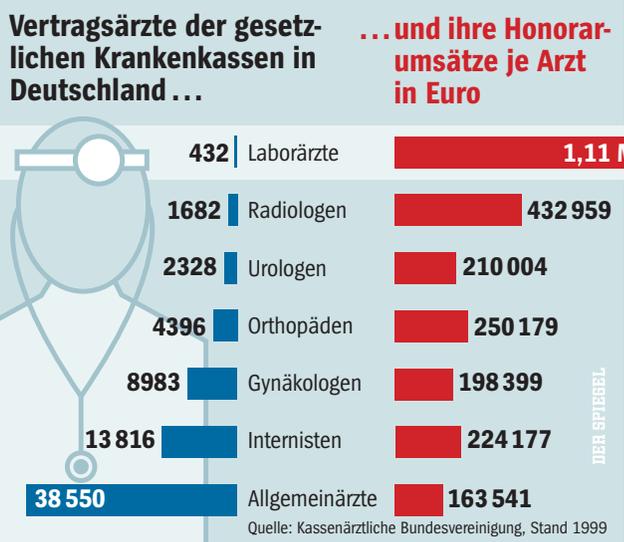
Den Ermittlungen zufolge führte Kramers Zentrale in Geesthacht über Betriebsgesellschaften für die übers Land verstreuten formal selbständigen Labors die Geschäfte – Kramer hat die Praxen über raffinierte Leistungs- und Teilabführungsverträge an sich gebunden. So müssen die Laborchefs, mit Jahreseinkünften zwischen 80 000 und 120 000 Euro nicht schlecht alimentiert, für den Transport von Blutproben den Fahrdienst von Kramers Firma „Datatransfer“ beauftragen. Praxisbedarf und Geräte ordern sie bei Kramers „inter-med“. Kramer bestreitet indes, dass seine Ärzte feste Jahreshälter erhalten, es handle sich um „Gewinnvorwegnahmen“.

Wollte der Chef mehr Umsatz in seiner Zentrale schaffen, schickten die Labors schon mal Blutuntersuchungen vermehrt dorthin. „Die Verlagerung von Untersuchungen aus anderen Praxen nach Geesthacht“, hielt die Celler Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Weilep etwa im „Plan-Ist-Vergleich“ für 1999 zufrieden fest, habe sich „positiv auf die Erlössituation“ dort ausgewirkt. Das alles, rechtfertigt sich Kramer, „sicherte das wirtschaftliche Überleben einer regionalen Labormedizin“.

Gerieten Filialen in die Miesen – etwa wenn zu viele Blutproben in Geesthacht analysiert worden waren – war das nicht weiter schlimm. „Der verbleibende Verlust wird von Herrn Dr. Kramer im Rahmen der

Verlustübernahmeverpflichtung zu tragen sein“, notierten die Wirtschaftsprüfer, als sie ein Labor im brandenburgischen Kyritz prüften. Der Hinweis lässt Kassenkontrolleure stutzen, weil das wirtschaftliche Risiko der angeblich selbständigen Praxen ihrer Meinung nach offenbar allein bei Kramer liegt – was der Mediziner bestreitet.

Kramers Einfallsreichtum kennt offensichtlich, wenn es ums Geld geht, kaum Grenzen. Sein Labor im Diakoniekrankenhaus im niedersächsischen Rotenburg an der Wümme etwa durfte nach den KV-



DER SPIEGEL

EUROPA

Schröders Schuld

Berlin verzögert die Erweiterungsverhandlungen – aus Angst vor einem enormen Anstieg der Nettzahlungen an Brüssel.

Beim Europäischen Gipfel im vergangenen Dezember auf dem belgischen Königsschloss zu Laeken fühlte sich Gerhard Schröder noch stark, sah er seine Herrschaft in Deutschland auch über die Bundestagswahlen hinaus gesichert.

Souverän übergab er Warnungen seiner engsten Berater, sich nur ja nicht auf finanzielle Abenteuer einzulassen. Mit den 14 Kollegen Staats- und Regierungschefs

Bei dieser Rechnung geht Hans Eichel davon aus, dass die Kandidatenstaaten voll in das gegenwärtige EU-Fördersystem der Landwirte einbezogen werden. Die Regierungen der Agrarländer Polen und Ungarn verlangen Gleichbehandlung. Sie sind bei ihren Bauern im Wort, sich nicht diskriminieren zu lassen. Andernfalls, so warnen sie, würde der Beitritt bei den dort anstehenden Volksentscheiden abgelehnt.

Der Konflikt spitzt sich auf die direkten Einkommensbeihilfen aus der Brüsseler Kasse zu, die nicht mehr an die Produktion, sondern an die Ackerfläche oder die Kopfhöhe der Mutterkühe gekoppelt sind. Die Deutschen, unterstützt von Briten, Niederländern und Schweden, lehnen es ab, diese Direktzahlungen den Landwirten der Beitrittsländer zu gewähren.

Die Kommission hatte vorgeschlagen, den Bauern der Neuen von 2004 nur 25

Richtlinien nur einfache Blutuntersuchungen abrechnen. Für Spezialtests auf HIV oder Hepatitis beispielsweise fehlte lange Zeit das Fachpersonal. Ohne Wissen der Kassen testete das Rotenburger Labor dennoch Blut auf Masern, Mumps oder HIV. Die Kassen zahlten, denn gleich „wannenweise“, so ein Kramer-Insider, hätten die Beteiligten Überweisungsscheine mit dem entlarvenden Kürzel „n. z. A.“ (nur zur Abrechnung) aus Rotenburg nach Geesthacht geschafft. So sollten die Prüfer der Kassen den Eindruck bekommen, das Blut sei nicht an der Wümme, sondern in der Zentrale untersucht worden. Kramer behauptet, die Untersuchungen seien wirklich in Geesthacht durchgeführt worden.

Auch Neuerungen des Gesundheitswesens wie die Laborreform von 1999 konnten Kramer allenfalls für einen Augenblick in Verlegenheit bringen. Die Neuregelung sollte kleinere, unabhängige Labors schützen – Kramer musste damit rechnen, dass die Kassen seiner Bluttest-Fabrik 25 Prozent weniger zahlen würden. Trotzdem schaffte die Praxis Geesthacht nach der Bilanz ihrer Wirtschaftsprüfer „gegenüber dem geplanten Worst-Case-Szenario“ sogar „gestiegene Umsatzerlöse“.

Das lag wohl auch an dem Ideenreichtum des Chefs. Kurzerhand hatte er einen von den Krankenkassen zugelassenen Laborarzt nach Geesthacht geholt, schon überwiesen Vertragslabors erhebliche Kontingente der Bluttests an den neuen Kollegen. Der schrieb alsbald Medizingeschichte: In einem kleinen Zimmer im Kramer-Trakt, ohne eigenes Labor, schaffte er im vorigen Jahr innerhalb von zehn Monaten ganz allein den kaum zu glaubenden Umsatz von mehr als drei Millionen Euro.

Auch hierin sieht Kramer kein Problem. Die Praxisgemeinschaft mit diesem Kollegen sei „KV-konform und KV-genehmigt“. Manchmal, räumt Kramer ein, „muss man sich in Situationen begeben, die nicht 150-prozentig vom Landesrecht gedeckt sind“.

Schwer in die Bredouille könnten Kramer und Konsorten nun auch durch seine „Normwertstudie“ kommen. Ärzte zapften bundesweit ihren Patienten Blut ab und ließen es bei Kramer analysieren. Unter dem dünnen Deckmantel einer wissenschaftlichen Testreihe honorierte Kramer laut Belegen die Kundentreue und verschickte dafür Schecks an die Arztkollegen. Zwei bis vier Prozent der Honorare für teure Untersuchungen, die zu Lasten der Kassen gingen, wurden den Doktoren danach als Provision gezahlt – wegen eines „hohen und zusätzlichen Verwaltungs- und Arbeitsaufwandes“, behauptet der Arzt.

Bei der Beantwortung ihrer Fragen können die Lübecker Staatsanwälte vielleicht sogar auf Kramers Hilfe rechnen. Als Mitglied des Rotary-Clubs hat er sich schließlich auch dazu verpflichtet, „für die Verbreitung des guten Willens“ zu sorgen.

CARSTEN HOLM, UDO LUDWIG



Europa-Politiker Schröder, Kollegen (in Brüssel): Warnungen souverän übergangen

zeichnete Schröder eine Blanksche Erklärung, „bis Ende 2002“ seien die Verhandlungen zur Erweiterung der EU abzuschließen.

Daraus wird wohl nichts, des deutschen Kanzlers wegen, der um seine Wiederwahl bangen muss. Anfang 2002 hatte die Kommission Papiere für die gemeinsame Position der 15 Altmitglieder zu den Bereichen Landwirtschaft, Regionalpolitik und Haushaltsfragen, den heikelsten Kapiteln der Beitrittsverhandlungen, vorzulegen. Spätestens bis zum 11. Juni wollten sich die Regierungen über diese Vorschläge verständigen.

Nun verlangt die deutsche Regierung den Aufschub der Entscheidung. Schröder will das heikle Thema aus dem Wahlkampf heraushalten. Erst nach der Wahl, ließ er den Agrarkommissar Franz Fischler wissen, werde mit ihm zu rechnen sein.

Im Kanzleramt war ein Brandbrief des Finanzministers eingegangen. Danach konnte sich wegen der Ausgaben für die Landwirtschaft in einer erweiterten EU die deutsche Nettobelastung verdoppeln, von jetzt rund 10 auf dann rund 20 Milliarden Euro.

Prozent der Direktzahlungen in den Altmitgliedern zugestehen, den Subventionssatz dann bis zum Jahre 2013 auf 100 Prozent zu steigern. Obgleich sich die deutsche Nettobelastung bei diesem Modell längst nicht so dramatisch erhöhen würde, sagt Berlin auch dazu Nein.

Direktzahlungen seien den Bauern der Altländer, so die deutsche Argumentation, zum Ausgleich von Einnahmeverlusten durch das Absinken der Weltmarktpreise zugestanden worden. Solche Verluste hätten die Beitrittsbauern nicht erlitten. Direktzahlungen seien im Übrigen eine schädliche Subvention, die auch bei den Altmitgliedern wieder abgeschafft gehörte.

Frühestens bei einem für Mitte Oktober in Brüssel geplanten informellen EU-Gipfel, streuten deutsche Diplomaten in Brüssel, sei mit den Deutschen über Kompromisse zu reden. Der Abschluss der Erweiterungsverhandlungen müsse aufgeschoben werden. Schröder wäre schuld – ob er dann noch im Amt ist oder nicht.

WINFRIED DIDZOLEIT, DIRK KOCH